

Aargau

9



Raus zum 1. Mai: Jobs und Löhne verteidigen

Nein zur Abschottung

Mit der Chaos-Initiative – auch bekannt als 10-Millionen-Schweiz-Initiative – will die SVP die Arbeiter:innenschaft spalten. Dabei lenkt sie von den wahren Gründen für stagnierende Löhne und steigende Lebenshaltungskosten ab. Ihr Rezept bleibt: Hetze statt Lösungen. Umso wichtiger ist es, zusammenzustehen am 1. Mai und darüber hinaus. Mia Jenni, Co-Fraktionspräsidentin SP Aargau, Obersiggenthal

Es ist ein Fehler, der mir immer wieder unterläuft. Immer wieder bin ich der Überzeugung, dass die SVP nicht noch schlimmer politisieren kann. Und ebenso regelmässig werde ich eines Schlechteren belehrt.

Vorgeschmack auf Abstimmungskampf

Ende Februar beispielsweise, als die SVP Schweiz von klar völkischem Gedankengut Gebrauch machte. In einem Schreiben warnen die Verantwortlichen vor Menschen ohne Schweizer Pass. Sie warnen, dass diese Menschen aufgrund ihrer angeblichen Kultur häufiger autistische Kinder zu Welt bringen. Damit paart die grösste Partei dieses Landes ihre menschenverachtende Hetze gegen eine Bevölkerungsgruppe mit einer «Analyse» über Genpools, die nichts anderes verdient als die Bezeichnung rechtsextrem.

Ich vermute, diese Äusserung ist nur ein Vorgeschmack dessen, was in den kommenden Monaten auf uns zukommen wird, bis wir im Juni über die SVP-Chaos-Initiative an der Urne entscheiden müssen. Monate

der masslosen Hetze gegen Menschen ohne Schweizer Pass; gegen Menschen, die hier leben und arbeiten. Masslose Hetze gegen einen grossen Teil unserer Gesellschaft. Wir dürfen uns nichts vormachen, diese Initiative wird wohl eine der am härtesten umkämpften Vorlagen der letzten Jahre. Wird sie angenommen, drohen Isolation und Massenentlassungen. Der kommende Tag der Arbeit steht auch deshalb unter dem Motto «Jobs und Löhne verteidigen – Nein zur Abschottung».

Unsere Arbeit, unsere Löhne, unser 1. Mai

Es ist unsere Pflicht als Sozialdemokrat:innen, alles daranzusetzen, dass diese Initiative krachend abgelehnt wird. Sie treibt einen Keil mitten durch die Arbeiter:innenschaft und gibt einer Menschengruppe Schuld an sich verschlechternden Lebensverhältnissen, wo keine Schuld zu verteilen ist. Die Initiative lenkt davon ab, wer für immer teurere Wohnungen, steigende Lebenshaltungskosten und die erstmals seit den 1950er-Jahren in einer

5-Jahres-Periode stagnierenden Löhne verantwortlich ist: Es sind die Kreise der Reichsten, Blocher, Matter und Co., die ihre Vermögen auf dem Buckel der Arbeiter:innenschaft anwachsen lassen.

Diese Agenda verfolgen sie rege, sei es national oder kantonal. Sie machen Profit, wenn Arbeitszeiten aufgeweicht und Sonntagsarbeit eingeführt werden. Sie machen Profit, wenn wir rund um die Uhr erreichbar sein müssen und wenn das Rentenalter erhöht wird. Unsere Löhne stagnieren, obwohl wir mehr arbeiten. Kein Wunder, dass sich die Parteien des reichsten einen Prozents so vehement gegen die kantonalen Mindestlöhne wehren. Denn faire Entlohnung und Profitmaximierung passen nicht zusammen.

Das alles dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Deshalb müssen wir am 1. Mai auf die Strassen: Gegen die Spaltung der Arbeiter:innen, gegen das Profitscheffeln des reichsten einen Prozents und für die gerechte Entlohnung von uns allen, egal ob mit Schweizer Pass oder ohne.

Care-Arbeit

Das Fundament unserer Wirtschaft

Was wir «Wirtschaft» nennen, zeigt nur einen Teil der Wirklichkeit. Vieles, was unser Leben trägt – Pflege, Betreuung, Erziehung, Zuhören, Organisieren –, bleibt unsichtbar. Zeit, den Blick zu schärfen: Care-Arbeit ist kein Randthema, sondern Grundlage für Wohlstand und Zusammenhalt.

Lucia Engeli und Anja Gestmann, Co-Präsidium SP Aargau



Am letzten Parteitag hat uns das Büro für feministische Ökonomie vor Augen geführt, wie eng unser Wirtschaftsverständnis ist.

Was wir messen und was nicht

Gezählt wird, was verkauft und bezahlt wird und somit im Bruttoinlandprodukt erscheint. Doch ein grosser Teil der Arbeit taucht dort nicht auf. Menschen pflegen Angehörige, betreuen Kinder, sichern den Alltag. Diese Sorgearbeit hält unsere Gesellschaft zusammen. Ohne sie würde nichts funktionieren.

Wenn wir nur zählen, was Geld bringt, entsteht ein schiefes Bild. Ein wachsender Rüstungssektor gilt als Erfolg. Überlastete Pflegekräfte erscheinen als Kostenfaktor. Der Druck, Care immer effizienter zu organisieren, führt zu Stress und Einsamkeit.

Die Ökonomin Mariana Mazzucato erinnert daran: Zahlen sind nie neutral. Sie spiegeln politische Ziele. Wachstum ist kein Wert an sich. Entscheidend ist, was wächst und wem es nützt. Auch Ulrike Hermann betont, dass permanentes Wachstum in einer begrenzten Welt an Grenzen stösst. «Grünes Wachstum» allein wird die ökologischen und sozialen Widersprüche nicht auflösen.

Ein neues Verständnis von Erfolg

Wenn wir das ernst nehmen, müssen wir Erfolg anders definieren. Nicht maximale Gewinne stehen im Zentrum, sondern ein gutes Leben für alle. Eine Wirtschaft, die Care stärkt, investiert in Stabilität und Zusammenhalt. Wer Sorgearbeit gering schätzt, riskiert soziale Spannungen. Wer sie ins Zentrum rückt, fördert Vertrauen, sowohl im Inneren als auch nach aussen. Care ist keine

private Angelegenheit einzelner Familien, sondern eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe.

Vom Wissen ins Handeln

Im Workshop am Parteitag wurde deutlich: Das Wissen ist da. Nun braucht es konkrete Schritte:

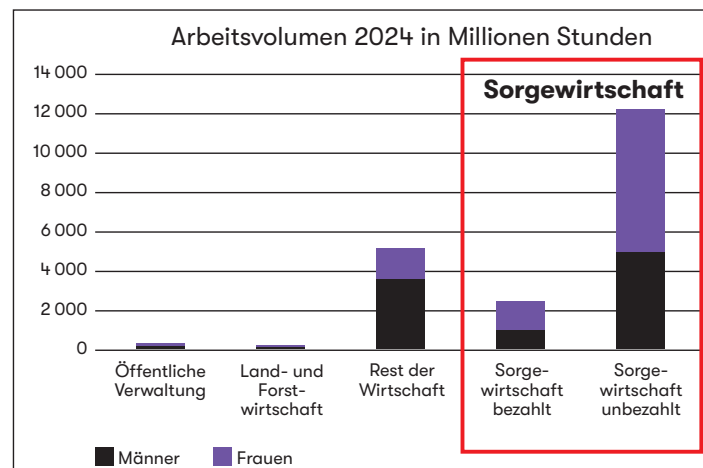
1. Neue Massstäbe: Lebensqualität, Zeitwohlstand und gute Versorgung müssen genauso zählen wie Produktivität.
2. Bessere Bedingungen für Care-Arbeit: faire Löhne, kürzere Arbeitszeiten, soziale Absicherung und eine gerechte Verteilung zwischen den Geschlechtern.

3. Klare Investitionsprioritäten: Kitas, Pflege, Bildung und Gesundheit sind keine Nebensache, sondern zentrale Infrastruktur unserer Gesellschaft.

Care-Arbeit ist systemrelevant und wertschöpfend. Sie schafft Verbindung und stärkt den sozialen Frieden.

Resignation wäre bequem. Doch Care ist zu wichtig, um sie weiter zu übersehen. Wenn wir Wirtschaft als Infrastruktur des Lebens begreifen, verändert sich auch unsere Politik. Die Frage ist nicht, ob wir uns das leisten können, sondern ob wir es leisten können, weiter wegzuschauen.

Sorgearbeit als Teil der Wirtschaft



Sorgewirtschaft = 72 Prozent des gesamten Arbeitsvolumens in der Schweiz!

Aus: «Sorge tragen», Präsentation des Büros für feministische Ökonomie am Parteitag der SP Aargau vom 24. Januar 2026. Quelle: BFS

Verkehr neu denken – vom Tal bis zur Randregion

Die neue Arbeitsgruppe Verkehrspolitik erarbeitet bis Ende 2026 ein Positionspapier mit Schwerpunkt ländlicher Raum. Ziel sind realistische, finanzierbare und mehrheitsfähige Lösungen. Die Mitwirkung verkehrsauffiner Personen aus allen Bezirken ist erwünscht.

Die Diskussion um Verkehrsprojekte prägte die letzten Jahre. Albert Rösti verlor im November 2024 die Abstimmung über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen. Trotz des Volksentscheids versucht er nun, einzelne Projekte davon im Rahmen von «Verkehr 45» zu lancieren. Im Grossen Rat wurden im Jahr 2025 die Projekte «Wiggertalstrasse 3. Etappe» und «VERAS» diskutiert und von einer Mehrheit gutgeheissen. In den Reihen der SP führten diese zu Diskussionen und wir haben gemerkt: Jedes Verkehrsprojekt hat seine Eigenheiten; in jeder Region, jedem Bezirk und jeder Gemeinde sind die Ansprüche an den Verkehr leicht unterschiedlich. Anhand des Beispiels VERAS haben sich Vertreter:innen der Bezirksparteien



Marius Fedeli,
Grossrat SP Aargau,
Buchs

Aarau, Kulm und Lenzburg getroffen und sich ausgetauscht. Daraus entstand die Arbeitsgruppe Verkehr.

Fokus auf Landgemeinde

Die Arbeitsgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2026 ein verkehrspolitisches Grundlagen- und Positionspapier mit Fokus auf den ländlichen Raum zu erarbeiten. Stadt- und Agglomerationsthemen sind bereits breit diskutiert. Jetzt sollen gezielt Lösungen für Täler, Randregionen und Landgemeinden entwickelt werden.

Im Zentrum der Überlegungen stehen unter anderem: eine bessere Abstimmung von Bus, Bahn und regionaler Planung, attraktivere Angebote des öffentlichen Verkehrs auch in Randzeiten, Park+Ride-Lösungen in Randregionen sowie Rufbusse, Sharing-Modelle und Fahrgemeinschaften. Darüber hinaus sollen sichere Velowege gefördert, der Kurzstreckenverkehr unterstützt und Raum- und Verkehrsplanung stärker koordiniert werden.

Dabei ist ein realistischer Ansatz entscheidend. Neue Angebote müssen sowohl finanzierbar als auch

politisch mehrheitsfähig sein. Gleichzeitig braucht es eine klare strategische Linie für die Partei.

Breite Abstützung und Mitwirkung erwünscht

Die Arbeitsgruppe arbeitet in mehreren Phasen: Analyse des Status quo, Einbezug von Fachpersonen und anschliessende politische Verdichtung in Workshops. Ziel ist ein breit abgestütztes Papier, das unterschiedliche regionale Perspektiven berücksichtigt.

Mach mit!

Die nächste Sitzung findet am **27. April 2026 um 19 Uhr im Volkshaus**, Gartenzimmer, **Aarau** statt. Interessierte aus allen Bezirken sind herzlich eingeladen, sich einzubringen und die zukünftige Verkehrspolitik aktiv mitzugestalten.

Kontakt: Marius Fedeli,
marius.fedeli@grossrat.ag.ch

Diskriminierung und Ausgrenzung

Ableismus im Aargau

Ableismus beschreibt die Diskriminierung von behinderten Menschen. Diese ist in unserem System sowie in unserer Gesellschaft tief verankert. Um über Ableismus aufzuklären und diesem entgegenzuwirken, hat die JUSO Aargau im Sommer 2025 ein Projekt zum Thema Anti-Ableismus lanciert.

Projektvorstand Anti-Ableismus der JUSO AG

Der folgende Artikel umfasst nur einen sehr kleinen Teilbereich der strukturellen Diskriminierung von behinderten Menschen.

Aufklärung/Sensibilisierung

In der heutigen Gesellschaft werden behinderte Menschen weitgehend von Menschen ohne Behinderung separiert und sind öffentlich unterrepräsentiert. Das wiederum fördert die gesellschaftliche Diskriminierung von behinderten Menschen sowie die Verwendung von ableistischen Begrifflichkeiten im Alltag. In der Kultur und den Medien sind behinderte Menschen stark unterrepräsentiert oder werden von nicht-behinderten Menschen dargestellt, was Stereotypen und Vorurteile fördert.

Unser Wissen über Behinderungen ist noch immer nicht sehr gross und die Forschung in diesem Bereich wird oftmals ohne die Beteiligung von behinderten Menschen durchgeführt. Dementsprechend bestimmen auch hauptsächlich nicht-behinderte Menschen, zu welchen Themen im Bereich Behinderungen geforscht wird. Die Forschung ist folglich chronisch unterfinanziert und nicht öffentlichkeitswirksam. Das hat schwerwiegende Folgen für das Leben von behinderten Menschen, z. B. im Bereich der Medizin. Daher muss dringend, natürlich unter Einbezug von behinderten Menschen, nachhaltig über Behinderungen aufgeklärt und geforscht werden.

Behinderte Kinder werden im Aargau oftmals von der Regelschule ausgeschlossen und an Sonderschulen unterrichtet. Damit werden behinderte Kinder schon früh gesellschaftlich isoliert und können später oftmals nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Bildung

Im Jahr 2023 besuchten schweizweit 1,8 % aller Kinder eine Sonderschule. Im Aargau lag dieser Wert mit 2,6 % weit über dem nationalen Mittelwert. Dass ein inklusives Schulsystem allen nützt, ist wissenschaftlich unumstritten. Doch statt genügend Ressourcen für die Beschulung von Schüler:innen mit Behinderung zur Verfügung zu stellen, werden im Kanton Aargau immer mehr Schüler:innen separiert.

Arbeit

Viele behinderte Menschen haben keine Möglichkeiten, auf dem 1. Arbeitsmarkt eine Arbeitsstelle zu finden. Es werden keine zugänglichen Stellen geschaffen. Daher gibt es im Aargau 67 Standorte mit Arbeitsstellen auf dem 2. Arbeitsmarkt. Diese Betriebe präsentieren sich

zugänglich und als akzeptable Alternativen, obwohl sie das nicht sind.

Der tiefste Stundenlohn auf dem 2. Arbeitsmarkt lag 2018 laut einer Umfrage in über der Hälfte der Betriebe bei unter 1.99 CHF. Dieser tiefe Lohn wird mit dem Bezug einer IV-Rente gerechtfertigt und als blosses «Taschengeld» dargestellt.

Diese systematische Ausbeutung behinderter Menschen ist nicht akzeptabel! Deshalb fordern wir eine Zusammenführung vom 1. und 2. Arbeitsmarkt mit begleitender Zugänglichkeitsgestaltung und der Einführung eines Mindestlohnes.

Agenda

SP Kanton Aargau

24. März 2026, 19.30 Uhr

«Bern direkt» – Frühlings-session,
ein gemeinsamer Rückblick
Aula Feld, Bachstrasse 78, 5034 Suhr

25. April 2026, 10.00 Uhr

Ordentlicher Parteitag
Bildungszentrum Zofingen

27. April 2026, 19.00 Uhr

Treffen Arbeitsgruppe Verkehr
im ländlichen Raum
Volkshaus Aarau